als derzeit völlig unfähig für Homerule bezeichnet. Der Schwerpunkt seines Schreibens liegt aber in scharfer Stimmungsmache gegen die Regierung. Er schreibt, es sei nicht Sache der Regierung, sondern des Parlaments und der Wählerschaft, die Frage zu entscheiden. Die Volksvertreter im Parlament dürften nicht mit verhaltenem Atem alles hinnehmen, was die Regierung dem Lande auferlege. Eine Regierung, die so schwach sei, Aufrührern Homerule zu gewähren, habe nicht die Kraft, irgend etwas durchzusetzen. Wenn dies aber so sei, welches Urteil solle das Parlament fällen? Er frage, ob die englische Arbeiterschaft den Iren, die sich weigerten, an ihrer Seite zu kämpfen, eine Selbstregierung gewähren und den Nationalisten, den Bundesgenossen der deutschfreundlichen Sinnfeiner zuliebe, durch einen halben unabhängigen irischen Staat die Zukunft Englands und Schottlands unwiderruflich gefährden wolle? Wo nicht, so sollen ihre Vertreter im Parlament das Nötige tun.

Die Iren in Amerika.

„Journal" meldet aus Washington: Einer der irischen Oppositionsführer hat um eine Audienz bei Wilson und Lansing nachgesucht, um ihnen die Gründe der irischen Opposition gegen das englische Militärgesetz darzulegen. Die Irländerin Sophie Kessington wurde von der Polizei in San Francisco verhindert, Vorträge und Versammlungen abzuhalten. Der Vorsitzende der ersten geplanten Versammlung, der Geistliche Short, wurde verhaftet.

Japans Außenpolitik.

Erklärungen des japanischen Außenministers.

Baron Goto, der neue Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, sagte in einer Unterredung mit einem Vertreter des Reuter Bureaus: In diesen Tagen sollte man nicht nach einer Erklärung eines Staatssekretär einer Nation verlangen, für welche wir die Waffen ergriffen haben und für die wir zusammenzustehen verpflichtet sind, bis Sieg und Friede gesichert sind. Trotzdem erkenne ich an, wie wichtig es ist, gegen hinterlistige Propaganda auf der Hut zu sein und begrüße die Gelegenheit, durch Reuter zu erklären, daß die Annahme völlig unbegründet ist, unsere Regierung habe ihre Politik geändert oder sei ihren Verpflichtungen minder treu, weil einzig infolge der beklagenswerten Erkrankung des früheren Ministers des Aeußern ein Personenwechsel stattgefunden hat. Was die Landung weniger britischer und japanischer Seeleute in Wladiwostok anbetrifft, so ist ihre Bedeutung maßlos übertrieben worden. Japan hat nicht einen Augenblick die Ausbreitung feindlicher Einflüsse in Ostsibirien aus den Augen verloren, noch auch die Tatsache, daß Rußland eine Macht ist, die sich bemüht, die zeitweilig aus der Ordnung geratene Staatsmaschine wieder in Gang zu bringen. Japan muß das Werk der Reorganisation ermutigen und unterstützen.

Das sind vorsichtig verschleierte, nichts sagende Redensarten.

Das gleiche Wahlrecht in Preußen abgelehnt!

Annahme des Pluralwahlrechts.

Im Preußischen Abgeordnetenhaus wurde gestern § 1 der Wahlrechtsvorlage (Wahlberechtigung) in einfacher Abstimmung in der Kommissionsfassung angenommen. Damit ist der Antrag Braun (Soz.), wonach die Wahlberechtigung mit dem vollendeten 20. Lebensjahr ohne Unterschied des Geschlechts beginnt, abgelehnt, ebenso der Antrag Aronsohn (f. Vp.), wonach die Bestimmung über die dreijährige Staatsangehörigkeit gestrichen werden soll.

§ 2 (Ausschluß von der Wahlberechtigung) stand nicht zur Debatte.

Bei § 3 wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, mit 235 gegen 183 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

§ 3 der Kommissionsbeschlüsse, welcher ein Mehrstimmenwahlrecht vorsieht, wurde in namentlicher Abstimmung mit 232 gegen 183 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Vorher war der Antrag Lohmann (natl.), der ein Zweistimmenwahlrecht vorsieht, abgelehnt.

Die Möglichkeit der Auflösung.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, erklärte im Verlaufe der Sitzung: Die Königliche Staatsregierung würde es nicht für im Interesse des Landes liegend erachten, wenn zur Auflösung geschritten würde. Bei einer Notlage kann aber der Fall eintreten, daß die Regierung auf das Recht der Auflösung nicht verzichten kann. Ob sie diesen Weg beschreiten wird oder nicht, wird die Regierung erst bei der dritten Lesung kundgeben. Bis dahin ist noch eine Verständigung möglich auf dem Wege den der Ministerpräsident angedeutet hat. Ueber die Schwierigkeit bei den etwaigen Neuwahlen müssen wir hinwegkommen.

Kleine politische Meldungen.

Der Hauptausschuß des Reichstages beschloß gestern, trotz des Widerspruchs des Staatssekretärs des Reichspostamts mit großer Mehrheit, den fortschrittlichen Antrag auf Aufhebung der Portofreiheit der Fürsten, ihrer Gemahlinnen und Witwen soweit sie nicht durch die Staatsverträge des Norddeutschen Bundes, des Königreichen Bayern und Württemberg für den inneren Verkehr dieser Bundesstaaten gesichert ist, anzunehmen.

Der Frieden mit Rumänien. Die „Köln. Ztg." meldet: Nach den neuesten hier vorliegenden Meldungen aus Bukarest ist nunmehr der Weg zur Lösung derjenigen Fragen gefunden, deren Regelung bisher noch der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Wege stand. Dazu gehörte die bulgarisch-türkische Grenzfrage, die wieder mit der Dobrudscha im Zusammenhange stand. Nunmehr sind die Dinge so weit gediehen, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages in den nächsten Tagen erfolgen dürfte. — Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow ist nach Bukarest abgereist, um bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages persönlich zugegen zu sein.

Prinz Sixtus in Madrid? Die „Times" meldet: Prinz Sixtus von Bourbon, der Schwager des Kaisers Karl, besuchte am Montag, in Begleitung seines Bruders Xaver den König von Spanien. Ein spanisches Blatt erfährt, daß er den König Alfons über seine Korrespondenz mit seiner Habsburger Familie aufklärte. Der Prinz, so wird hinzugefügt — und das sei vielleicht nicht ohne Bedeutung —, fuhr aus der spanischen Hauptstadt nach der belgischen Front.

Große Kämpfe bei Jerusalem. Der türkische Heeresbericht vom 1. Mai meldet: Palästinafront: Im Jordantale und östlich vom Jordan haben sich große Kämpfe entwickelt. Seit den frühen Morgenstunden des 30. April versuchte der Engländer mit Infanterie und Kavallerie den Durchbruch auf dem Ostjordanland zu erzwingen, aber seine Angriffe scheiterten bis zur Stunde an dem tapferen Widerstand unserer Truppen, die ihre Stellungen restlos behaupteten. Im Jordantale nach Norden vorgedrungene feindliche Kavallerie ist von uns zum Kampf gestellt worden. Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

England an Holland. Nach einer Reutermeldung hat die englische Regierung auf die holländische Note betreffend die Beschlagnahme der niederländischen Schiffe in den alliierten Häfen eine ausführliche Antwort erteilt. Diese geht auf die zwischen Großbritanien und den Niederlanden gepflogenen Verhandlungen ein und betont, daß die von Holland an die Annahme des Vorschlages der Alliierten, Schiffsraum gegen Lebensmittel abzutreten, geknüpften Bedingungen einer Ablehnung gleichgekommen seien. Infolgedessen sei die Beschlagnahme der in Häfen der alliierten Regierungen liegenden Schiffe unvermeidlich geworden. Die Niederlande hätten auch darauf gefaßt sein müssen, da der britische Gesandte im Haag dem Minister des Aeußern erklärt habe, daß andere Maßnahmen ergriffen werden müßten, falls kein Abkommen zustande käme. Die gleiche Erklärung sei von den Vereinigten Staaten abgegeben worden. Die Antwort wiederholt dann die Zusage betreffend Schadenersatz an die holländischen Reeder.

Schwere Unruhen in Holland. Die „Neue Zürcher Zeitung" erfährt aus dem Haag: In Amsterdam sind anläßlich des Ausstandes in der staatlichen Munitionsfabrik neue Unruhen ausgebrochen. Eine Person wurde getötet. Die Munitionsfabrik ist bis auf weiteres geschlossen. Die holländischen Behörden haben alle Maiumzüge der Arbeiter verboten.

Die neue englische Seesperre. Wie das Haager Korrespondenzbureau erfährt, hat die englische Maßregel über die für die Schiffahrt gefährliche Zone nach dem Urteil von Sachverständigen zur Folge, daß der äußere Eingang der Nordsee, wenn man das bereits von Deutschland gesperrte Gebiet hinzunimmt, für die neutralen Schiffe tatsächlich geschlossen ist. Die jetzt von England festgesetzte Gefahrenzone läuft in der Tat von der Westgrenze Norwegens bis 60 Meilen östlich von den Orkney-Inseln.

Englische Kriegsschiffverluste. Nach einer amtlichen Meldung ist das britische Kanonenboot „Cowslip" am 25. April durch Torpedoschuß versenkt worden. Fünf Offiziere und ein Mann werden vermißt. Das Torpedoboot Nr. 90 ist am 25. April bei stürmischem Wetter gesunken. Ein Offizier und 12 Mann werden vermißt.

Französisches U-Boot gesunken. Beim Zusammenstoß eines Handelsschiffes mit dem französischen Unterseeboot „Prairiel" ist letzteres gesunken. Ein Teil der Besatzung ist gerettet.

Die kommende russische Armee. „Algemeen Handelsblad" erfährt aus London: Der Vollzugsausschuß des allrussischen Sowjetkongresses in Moskau hat Trotzkis Plan, zu einer allgemeinen militärischen Ausbildung aller männlichen Personen zwischen dem 18. und 40. Jahre, sowie zur Dienstpflicht für alle Frauen überzugehen, angenommen.

Von Stadt und Land.

Aue, 3. Mai.

Stadtverordnetensitzung zu Aue

am 2. Mai 1918.

Anwesend sind Bürgermeister Hofmann, die Stadträte Schubert, Blechschmidt, Fischer und Kommerzienrat Hiltmann, sowie 13 Stadtverordnete.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Vizevorsteher Bär den anwesenden, aus dem Felde entlassenen Stadtv. Hösel mit einem herzlichen Glückauf. Er wolle es als gutes Zeichen dafür ansehen, daß alle aus dem Felde so gesund heimkehren wie Herr Hösel.

Eingabe des Vereins der Ingenieure und Architekten.

Vizevorsteher Bär berichtete dann über die an die Stadtverordneten gelangte bekannte Eingabe des Vereins deutscher Ingenieure und Architekten an die Sächsischen Ständekammern, in welcher diese fordern, daß mit dem bisherigen Vorurteil zu Gunsten der Juristen bei Besetzung der Aemter in den Städtischen Verwaltungen gebrochen werde im Interesse der stärkeren Berücksichtigung der Techniker. Der Verein bittet die Stadtverordneten um Unterstützung der Eingabe. Vizevorsteher Bär besprach die Eingabe sympathisch, meinte aber, daß sie für Aue augenblicklich ohne praktische Bedeutung sei.

Stadtv. Selbmann führte das Beispiel von Penig an, wo ein Buchhalter als besoldeter (nicht juristischer) Stadtrat gewählt worden sei. Es sei dies ein Zeichen eines neuen Kurses, der vielleicht einmal auch in Aue seinen Einzug halten werde.

Bürgermeister Hofmann teilte mit, daß die gleiche Eingabe auch an den Rat gegangen sei. Obwohl er selbst Jurist sei, halte er doch eine Ueberspannung des juristischen Empfindens zuweilen für schädlich — es wolle ihn aber bedünken, als leide die Eingabe der Techniker gleichermaßen unter einer solchen Ueberspannung. Die Techniker möchten das Kind mit dem Bade ausschütten und wollen gleich alle Stellen in der Verwaltung mit Technikern besetzen. Indessen habe die Eingabe für Aue augenblicklich keine praktische Bedeutung wegen der Vorschriften des hiesigen Ortsstatuts.

Sparkassenrechnungen.

Wie Vizevorsteher Bär berichtete, sind die Sparkassenrechnungen für 1915/16 von den Rechnungsprüfern geprüft und richtig gesprochen worden. Kollegium nahm davon Kenntnis. Vizevorsteher Bär knüpfte daran den Wunsch, daß den Stadtverordneten künftig kurze Uebersichten aus den Rechnungen zu informatorischen Zwecken vorgelegt werden möchten.

Erhöhung eines Ausgabepostens des Stadthaushaltes.

Wie Vizevorsteher Bär berichtete, hatte Realschuldirektor Professor Aichinger die Bewilligung der Mehrkosten für die Reparatur einer Schreibmaschine beantragt, für die ihm eine städtischerseits bewilligte Summe von 100 Mk. zur Verfügung stand. Die Reparaturkosten betrugen aber 108 Mk. Der Rat beschloß die Bewilligung und bat die Stadtverordneten um Zustimmung.

Stadtv. Gerlach bat, die Stadtverordneten künftig nicht mit derartigen kleinlichen Dingen zu befassen. Es müsse das in der Oeffentlichkeit eigentümlich berühren.

Bürgermeister Hofmann stimmte dem zu und meinte, daß dadurch Abhilfe geschaffen werden könnte, wenn dem Rat für die Kriegszeit das Recht zur selbständigen Bewilligung von Ausgaben in Höhe bis zu 100 oder 150 Mark gewährt werden würde.

Die Reparaturkosten werden dann nach dem Antrage des Vizevorstehers Bär und einer Anregung des Stadtv. Roßner als Posten 5 Titel 19 des Stadthaushaltes bewilligt.

Ein Ausschuß für Uebergangswirtschaft.

Vizevorsteher Bär verlas sodann eine Denkschrift des Bürgermeisters Hofmann über die Notwendigkeit der Errichtung eines städtischen Ausschusses für Uebergangswirtschaft in Aue, in der der Aufgabenkreis eines solchen im Einzelnen umschrieben ist. Der Ausschuß soll die Wiederherstellung des normalen Wirtschaftslebens in Aue nach dem Kriege vorbereiten. Er soll aus zwei Mitgliedern des Rates und drei Stadtverordneten, sowie einer Anzahl Personen aus allen Berufskreisen bestehen und soll das Recht der Zuwahl haben. Der Rat ist den Ausführungen der Denkschrift beigetreten und hat Bürgermeister Hofmann und Stadtrat Hiltmann in den Ausschuß gewählt.

Stadtv. Gerlach sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Vorlage den Stadtverordneten nicht vorher als Drucksache zugegangen sei. So stehe man ihr jetzt als etwas ganz Neuem gegenüber. Jedenfalls vermisse er in der Vorlage die Berücksichtigung des Konsumvereins als eines maßgebenden Faktors im Kleinhandel. Der Ausschuß werde sehr viel Arbeit bekommen. Zu seinem Aufgabenkreis werde wohl auch die Beschaffung von Möbeln für Kriegsteilnehmer gehören. Er stehe der Vorlage sympathisch gegenüber.

Vizevorsteher Bär: Bürgermeister Hofmann habe lediglich in großen Linien die Richtung angeben wollen — der Ausschuß werde so sein wie viele andere ähnliche Ausschüsse, die während des Krieges gebildet würden.

Stadtv. Hause bat, die Zahl der Stadtverordneten in dem Ausschuß zu erhöhen. Die drei Stadtverordneten würden zur Bewältigung seiner Aufgaben nicht hinreichen. Redner sprach auch die Befürchtung aus, daß der Ausschuß eine zu große Bewilligungsfreiheit in finanzieller Beziehung haben werde.

Vizevorsteher Bär wies demgegenüber darauf hin, daß die Entscheidung über Finanzfragen den städtischen Körperschaften verbleibt.

Stadtv. Roßner wünschte die Wahl von fünf Stadtverordneten in den Ausschuß.

Bürgermeister Hofmann erklärte, die Aufgaben, die der Ausschuß zu erfüllen habe, seien dringliche. Man könne nicht davon überrascht sein, denn im Reiche habe man längst zur Uebergangswirtschaft Stellung genommen. Die Fragen, die das Reich dabei bewegen, können uns hier nur in ihren Ausstrahlungen berühren — für uns hier handle es sich um rein örtliche Angelegenheiten. So sehr die Ausführungen der Stadtv. Gerlach, Hause und Roßner berechtigt seien, so sei er doch der Ansicht, daß desto mehr praktische Arbeit geleistet wird, je kleiner der Ausschuß ist. Was den Kleinhandel betrifft, so sei seine Lage eine andere wie die des Konsumvereins, der trotz aller Fährnisse bisher gut durch den Krieg gekommen sei. Deshalb sei er in der Vorlage nicht berücksichtigt worden, gegen seine Vertretung im Ausschuß habe er aber nichts einzuwenden. Er habe aber auch nichts dagegen, wenn die Stadtverordneten noch Zeit zur Beurteilung der Vorlage haben wollen. Der Ausschuß solle keine besondere Autorität bilden, sondern einen Charakter haben etwa wie der Kriegsfürsorgeausschuß. Was die finanziellen Befugnisse des Uebergangsausschusses betrifft, so bitte er, sich diesbezüglich keinen so großen Bedenken hinzugeben, da die Beschlüsse des Ausschusses der Bestätigung durch die städtischen Körperschaften unterliegen. Nachdem Redner seine Ansichten über die Mitarbeit des Ausschusses bei Wiederaufrichtung der durch den Krieg zerstörten Existenzen entwickelt und dargetan hatte, daß letzten Endes die Maßnahmen des Ausschusses in ihren Auswirkungen doch wieder durch die städtischen Körperschaften reguliert werden, erklärte er, gegen die Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten im Ausschusse keine Bedenken zu haben.

Stadtv. Höfer erklärte, die Vorlage komme überraschend. Das Größte, was wir den heimkehrenden Kriegern bieten könnten, wäre die Beseitigung des Klassenwahlrechtes. Der Ausschuß werde, auch in der Wohnungsfrage, so viel zu tun bekommen, daß zahlreiche Unterausschüsse würden gebildet werden müssen, so daß man heute nicht über die Zahl der für ihn zu wählenden Stadtverordneten schlüssig werden könne.

Vizevorsteher Bär zog aus der bisherigen Erörterung den Schluß, daß das Kollegium grundsätzlich mit der Bildung des Ausschusses einverstanden sei. Die Abstimmung ergab die einstimmige grundsätzliche Zustimmung. Die weitere Abstimmung ergab die Annahme des Antrages Roßner, 5 Stadtverordnete (aus jeder Berufsgruppe nach dem Stadtverordnetenwahlstatut einen) in den Ausschuß zu wählen.

Es wurden gewählt: Aus Gruppe A (Arbeiter) Stadtv. Gerlach, Gruppe B (Beamte) Stadtverordneten-Vizevorsteher Bär, Gruppe C (Gewerbe) Stadtv. Lederer, Gruppe D (Handel) Stadtv. Baumann, Gruppe E (die übrigen und freien Berufe) Stadt. Hösel. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl an.